15. Landesparteitag

2. Tagung

15.–17. November 2019, Dresden

Arbeitsheft 1

Informationen
R. Regularien
A. Leitantrag

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

Informationen

Info	organisatorische Informationen	4
Info	Anfahrt Tagungsobjekt	5
Info	Anfahrt Hotel	6
B6–250 NEU	Einberufung der 2. Tagung des 15. Landesparteitages der LINKEN Sachsen (Dresden)	7

R. Regularien

R.1.	vorläufige Tagesordnung	10
R.2.	vorläufiger Zeitplan	11
R.3.	Vorschlag zur Geschäftsordnung	13
R.4.	Vorschlag zu den Arbeitsgremien	17

A. Leitantrag

A.1.	Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages	19

weitere (Änderungs-)Anträge und Kandidaturen im Arbeitsheft 2

Dokumente digital

Partei -> 2. Tagung des 15. Landesparteitages
oder
http://gleft.de/3cF

Liebe Delegierte und Berater*innen,
liebe Gäste,

nachdem wir euch bereits für die 2. Tagung des 15. Landesparteitages der LINKEN Sachsen vom **15. bis 17. November 2019** nach Dresden eingeladen haben, möchte ich euch heute - auch im Namen der Landesvorsitzenden - die ersten Unterlagen für die Beratung zuschicken und weitere Informationen übermitteln.

Die Tagung findet in der **Messe Dresden, Messering 6, 01067 Dresden** statt. Bitte beachtet dazu die Anfahrtsbeschreibung hier im Heft. Für die TeilnehmerInnen sind zwei Übernachtungen im **Hotel Leonardo Dresden Altstadt, Magdeburger Str. 1A, 01067 Dresden** (2 km vom Tagungsobjekt) vorgesehen. Das Hotel ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, sowie fußläufig gut zu erreichen.

Dieses **Arbeitsheft** enthält die 1. Arbeitsfassung zum Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages. Darüber hinaus findet ihr im Heft die Regularien: die Vorschläge zur Tagesordnung, zum Zeitplan, zur Geschäftsordnung sowie zur Besetzung der Arbeitsgremien.

Der Landesparteitag soll neben der Wahlauswertung auch verschiedene Wahlen durchführen. Neu gewählt werden müssen Landesvorstand, Landesfinanzrevisionskommission, Landesschiedskommission, die Ombudsperson, sowie die Mitglieder des Bundesausschusses. Kandidaturen sind auf dem Parteitag bis zum Abschluss der Listen zur Wahl möglich. Wer seine Kandidatur schriftlich im Arbeitsheft bekannt machen möchte, schickt diese in einer Länge von bis zu 3.000 Zeichen bis zum **Redaktionsschluss am Sonntag, 20. Oktober 2019** an robert.wuensche@dielinke-sachsen.de. Kandidaturen, die danach eintreffen, können vor Ort an Pinnwänden ausgehangen werden, werden aber nicht verteilt.

Für die **Organisation** des Landesparteitages bin ich als Landesgeschäftsführer verantwortlich. Bei mir werden die organisatorischen Fäden zusammenlaufen. **Technisch-organisatorische Fragen** könnt ihr mit mir (0163 / 607 93 01) und Juliana Schielke (0178 / 81 60 600) klären. Auf dem Parteitag selbst sind wir über die Nummer der Landesgeschäftsstelle (0351 / 85 32 70) per Rufweiterleitung erreichbar.

Für die Kommissionen gibt es folgende AnsprechpartnerInnen:

Antrags- und Redaktionskommission:	Katharina Hanser und Maria Stephan
Wahlkommission:	Juliana Schielke
Mandatsprüfungskommission / Mandatsfragen:	Tino Wehner und Doreen Marz-Schäffner
Zähler*innen:	Katrin Pritscha

Im Saal selbst könnt ihr Anträge und Wortmeldungen am **Infotisch neben der Bühne** abgeben. Katrin Pritscha hilft euch dort gern bei organisatorischen Fragen weiter.

Als Ansprechpartner für die **Medienvertreter*innen** steht Tilman Loos (0176 – 20 30 32 59) zur Verfügung.

Individuelle **Kopierarbeiten** können in geringem Umfang realisiert werden. Bitte wendet euch hierfür an Mirko Schäffner am Informationsstand des Landesvorstandes.

Der Hashtag der 2. Tagung des 15. Landesparteitages für die sozialen Netzwerke lautet **#15lpt2**.

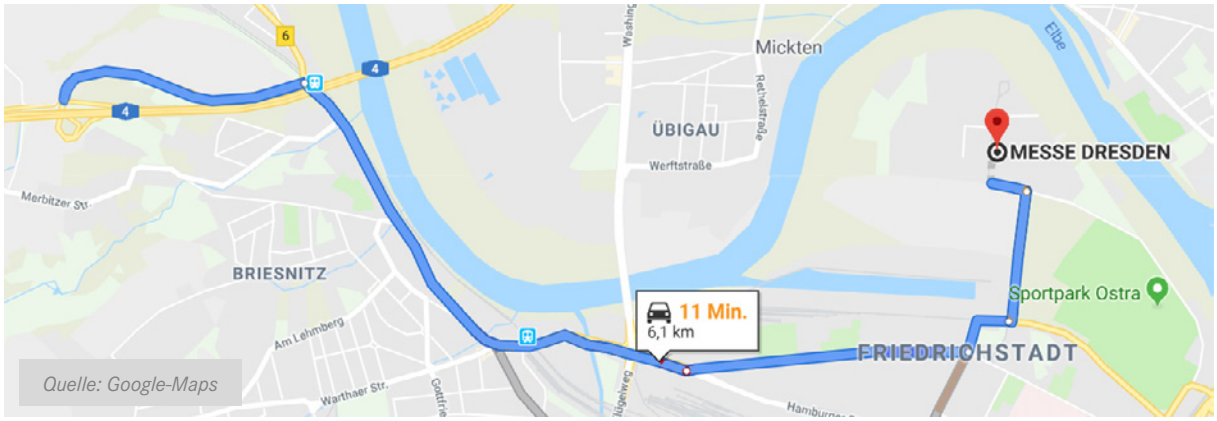
Thomas Dudzak
Landesgeschäftsführer

Anfahrtsbeschreibung Landesparteitags-Objekt ‚Messe Dresden‘

Messering 6, 01067 Dresden

von der Autobahn A4:

- die Autobahn ab Abfahrt 78 (Dresden-Altstadt) abfahren
- einen der 2 rechten Fahrstreifen benutzen, um rechts auf Meißner Landstraße/B6 abzubiegen
- nach 2,5 km leicht links abbiegen auf Bremer Str./B6 (Schilder nach Zentrum/Kongresszentrum/Messe/Hafen)
- nach 1,3 km links abbiegen auf Magdeburger Str./Waltherstraße/B6
- nach 300 m links abbiegen auf Schlachthofstraße
- nach 650 m links abbiegen auf Messering
- der Ausschilderung zum Parkplatz folgen



QR-Code - Parteitags-Objekt:

via ÖPNV (ab Bahnhof Dresden Mitte):

- Linie 10 ab ‚Bahnhof Dresden Mitte’ einsteigen
- an Haltestelle ‚Messe Dresden’ aussteigen

Anfahrtsbeschreibung Landesparteitagshotel ‚Hotel Leonardo Dresden Altstadt' (nicht mit B&B-Hotel verwechseln)

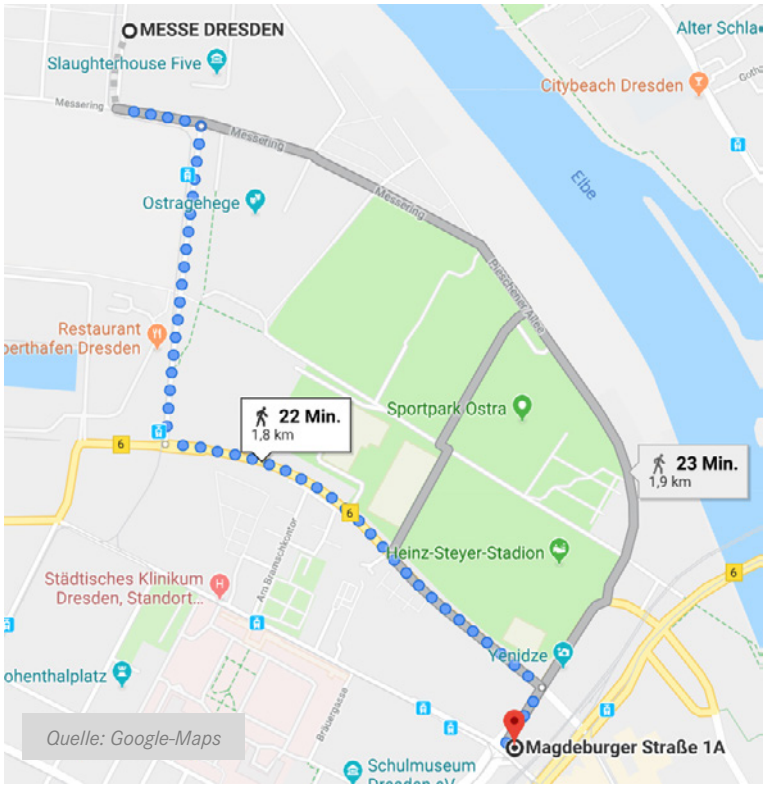
Magdeburger Straße 1a, 01067 Dresden

zu Fuß:

- auf die Hauptstraße ‚Messering' einbiegen und Richtung Brücke laufen
- die Brücke überqueren und anschließend links einbiegen in die Magdeburger Str./B6
- nach 900 m in die Weißeritzstraße rechts einbiegen, 100 m laufen und in das Hotel einkehren

via ÖPNV:

- Linie 10 an der ‚Messe Dresden' einsteigen
- an der ‚Weißeritzstraße' aussteigen
- Hotel liegt quer über die Kreuzung (nicht mit B&B-Hotel verwechseln)



QR-Code - Hotel:

DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 6 – 250 NEU

Einberufung der 2. Tagung des 15. Landesparteitages am 15. - 17. November 2019

Beschluss per Umlaufverfahren des Landesvorstandes vom 09. – 12. September 2019

Vorbemerkung: Der Landesrat hat gleichlautenden Beschluss in seiner Beratung am 7. September 2019 vorbehaltlich des Beschlusses des Landesvorstands gefasst.

Beschluss:

1. Die **2. Tagung des 15. Landesparteitages** der LINKEN Sachsen findet vom **15. bis 17.11.2019** in der **Messe Dresden, Messering 6, 01067 Dresden** statt.

2. **Vorläufige Tagesordnung**:
   1. Wahlauswertung des Wahljahres 2019 und Verständigung auf Perspektiven / Beratung und Beschlussfassung zum Leitantrag der LINKEN Sachsen
   2. Beratung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages
   3. ggf. Beratung und Beschlussfassung von Satzungsänderungsanträgen
   4. Wahlen für Organe der LINKEN Sachsen / Wahl der Mitglieder des Bundesausschusses / Wahl der Ombudsperson

3. Zur **Vorbereitung des Landesparteitages** werden folgende Verantwortlichkeiten festgelegt:
   a) inhaltliche Vorbereitung VA: Landesvorsitzende
   b) organisatorische/technische Vorbereitung VA: LGF

4. Die **gewählten Arbeitsgremien** (Tagungspräsidium, Antrags- und Redaktionskommission, Mandatsprüfungskommission sowie Wahlkommission), die zur 1. Tagung des 15. Landesparteitages gewählt worden sind, bleiben bis zur Konstituierung der 2. Tagung des 15. Landesparteitages im Amt.

5. Über die **Einberufung des Landesparteitages** werden die Landesparteitagsdelegierten, die Teilnehmer*innen mit beratender Stimme, die Kreisverbände und die Landesweiten Zusammenschlüsse schriftlich bis spätestens **Donnerstag, 19. September 2019** informiert *[acht Wochen vor dem Parteitag; Landessatzung § 16 (2)]*.

6. Der **Entwurf des Leitantrages** ist bis spätestens **Donnerstag, 3. Oktober 2019** parteiöffentlich zu publizieren *[sechs Wochen vor dem Parteitag; Landessatzung § 16 (5)]*.

7. Die Gliederungen und landesweiten Zusammenschlüsse prüfen die **Aktualität ihrer Mandate** und informieren umgehend die Landesgeschäftsstelle. Vakante

Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung *[Bundessatzung § 10 (4)]* keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen. **Nachwahlen** sind bis spätestens **Freitag, 18. Oktober 2019** abzuschließen *[bis spätestens vier Wochen vor dem Parteitag; Landessatzung § 15 (2)]*.

8. Der **Antragsschluss** wird auf **Donnerstag, 17. Oktober 2019**, **24:00 Uhr** festgesetzt *[vier Wochen vor dem Parteitag; Landessatzung § 16 (5)]*. Die Anträge sollen per Datenträger oder E-Mail an die Landesgeschäftsstelle geschickt werden: ***kontakt@dielinke-sachsen.de***
Der **Antragsschluss für Änderungsanträge** ist **Freitag, 8. November 2019 um 17 Uhr** *[7 Tage vor dem Parteitag; Geschäftsordnung des Landesparteitages Punkt 20]*.

9. Die **Einladung** der Delegierten und Berater*innen erfolgt bis zum **18. Oktober 2019** *[vier Wochen vor dem Parteitag; Landessatzung §16 (2)]*.

Die Delegierten und Berater*innen erhalten die **Parteitagsunterlagen,** insbesondere die Anträge, bis zum **1. November 2019** *[zwei Wochen vor dem Parteitag; Landessatzung § 16 (5)]*.
Bis zu diesem Termin ist der vorläufige Zeitplan durch den Landesvorstand zu beschließen.

Anlagen: -

politische Botschaft: -

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen: schriftliche Information an die Landesparteitagsdelegierten, die Teilnehmer*innen mit beratender Stimme, die Kreisverbände und die Landesweiten Zusammenschlüsse

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0
→ **einstimmig beschlossen**

F.d.R.

Dresden, den 13.09.2019

Thomas Dudzak
Landesgeschäftsführer

R. Regularien an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

R.1. vorläufige Tagesordnung

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge die folgende Tagesordnung beschließen:

1. Wahlauswertung des Wahljahres 2019 und Verständigung auf Perspektiven / Beratung und Beschlussfassung zum Leitantrag der LINKEN Sachsen
2. Beratung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages
3. ggf. Beratung und Beschlussfassung von Satzungsänderungsanträgen
4. Wahlen für Organe der LINKEN Sachsen / Wahl der Mitglieder des Bundesausschusses / Wahl der Ombudsperson

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

R. Regularien an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

R.2. vorläufiger Zeitplan

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge den folgenden Zeitplan beschließen:

Freitag, den 15. November 2019

17:00 – 17:30 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages
17:30 – 18:00 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages • Abstimmung über das Tagungspräsidium • Abstimmung über die Antrags- und Redaktionskommission • Abstimmung über die Wahlkommission und der/des Vorsitzenden der Wahlkommission • Abstimmung über die Mandatsprüfungskommission • Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan • Beschluss über die Geschäftsordnung
18:00 – 22:00 Uhr	Einbringung und Diskussion des Berichts zur Wahlauswertung des Wahljahres 2019 (externer Input)
22:00 Uhr	Ende des ersten Beratungstages

Samstag, den 16. November 2019

10:00 – 13:30 Uhr	Fortsetzung der Debatte zur Wahlauswertung, Bericht der Mandatsprüfungskommission und Beschlussfassung zum Bericht Einbringung, Diskussion und Beschlussfassung zum Leitantrag der LINKEN, Einzelabstimmung vorliegender Änderungsanträge
13:30 – 14:30 Uhr	Mittagspause
14:30 – 15:00 Uhr	Berichte
15:00 – 22:30 Uhr	Wahlen der Mitglieder des Landesvorstandes Behandlung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages Ggf. weiter Beschlussfassung zum Leitantrag der LINKEN Sachsen, Einzelabstimmung vorliegender Änderungsanträge
22:30 Uhr	Ende des zweiten Beratungstages

Sonntag, den 17. November 2019

10:00 – 12:30 Uhr	Wahlen der Mitglieder des Bundesausschusses und für weitere Organe der LINKEN Sachsen (ggf. Fortsetzung der Wahlen der Mitglieder des Landesvorstandes) Behandlung von Satzungsänderungsanträgen
12:30 – 13:30 Uhr	Mittagspause
13:30 – 15:30 Uhr	Wahlen der Mitglieder des Bundesausschusses und für weitere Organe der LINKEN Sachsen (ggf. Fortsetzung der Wahlen der Mitglieder des Landesvorstandes) Behandlung von Satzungsänderungsanträgen
15:30 – 16:30 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung von weiteren Anträgen an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages
ca. 16:30 Uhr	Schlussworte und Ende des Landesparteitages

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

R. Regularien an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

R.3. Vorschlag zur Geschäftsordnung

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgende Geschäftsordnung beschließen:

I. Allgemeines

(1) Der Landesparteitag ist **beschlussfähig**, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten mit beschließender Stimme laut Anwesenheitsliste anwesend oder durch Ersatzdelegierte vertreten ist.

(2) Alle Delegierten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben **Antrags- und Rederecht.** Das **aktive Stimmrecht** bei Wahlen und Abstimmungen haben nur Delegierte mit beschließender Stimme. Mitglieder von Arbeitskreisen und Kommissionen des Landesparteitages haben Rederecht.
Gäste des Landesparteitages haben Rederecht. Über die Aussetzung entscheidet auf Antrag der Landesparteitag.

(3) **Beschlüsse** des Landesparteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern die Satzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Stimmenenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten oder elektronische Abstimmung. Das Tagungspräsidium setzt ggf. zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein.

(4) Wahlen zu Organen des Landesverbandes können elektronisch durchgeführt werden.

II. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

(5) **Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan** werden zu Beginn der Tagung des Landesparteitages beschlossen. Über **Änderungen der Tagesordnung, des Zeitplanes oder der Geschäftsordnung** während des Verlaufes der Tagung bedarf es eines Antrages, über welchen nach begrenzter Debatte der Landesparteitag entscheidet.

(6) Der Landesparteitag wird von einem **Tagungspräsidium** geleitet. Das Tagungspräsidium wird in offener Abstimmung gewählt. Für die Zusammensetzung des Tagungspräsidiums unterbreitet der Landesvorstand einen Personalvorschlag. Werden gegen einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten Einwände vorgebracht, so wird über deren Verbleiben auf der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten in offener Abstimmung entschieden. Ebenso können zusätzliche Kandidatinnen oder Kandidaten nominiert werden. Über die so zustande gekommene Liste wird offen und im Block abgestimmt.

(7) Der Landesparteitag wählt neben dem Tagungspräsidium **weitere Arbeitsgremien**:
- die Mandatsprüfungskommission,
- die Wahlkommission,
- die Antrags- und Redaktionskommission.

Der Landesparteitag kann weitere Arbeitskreise und Kommissionen in offener oder geheimer Abstimmung wählen.

Der Landesvorstand beruft rechtzeitig im Vorfeld des Landesparteitages die Antrags- und Redaktionskommission und benennt mit der Berufung zwei Sprecher*innen. Die Bestätigung der Antrags- und Redaktionskommission obliegt dem Landesparteitag.

(8) Die **Arbeitsgremien** werden in offener Abstimmung im Block gewählt. Dazu unterbreitet das Tagungspräsidium Vorschläge, die vom Landesvorstand in Abstimmung mit den Stadt- und Kreisvorständen und den AG/IG/Plattformen vorbereitet werden.
Auf Antrag können Kandidatinnen und Kandidaten mit Mehrheit von der Vorschlagsliste abgewählt werden. Offene Plätze werden in offener Einzelwahl auf Vorschlag der Tagungsleitung besetzt.
Zu Mitgliedern der Arbeitsgremien bzw. von Arbeitskreisen und Kommissionen des Landesparteitages können Delegierte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme und andere Parteimitglieder gewählt werden.

III. Regeln in der Debatte

(9) Das Tagungspräsidium leitet den Landesparteitag. Es bestimmt aus seiner Mitte die jeweilige **Tagungsleitung**. Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Beschlussvorlagen auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen und muss ihnen das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Die Tagungsleitung hat das Recht, im Zweifelsfall die Geschäftsordnung auszulegen und die Verhandlungen zu unterbrechen, um das Tagungspräsidium einzuberufen. Über die Redezeiten beschließt der Landesparteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.

(10) **Wortmeldungen** können bis zum Ende der jeweiligen Debatte bei der Tagungsleitung (Informationstisch im Saal) schriftlich abgegeben werden. Die Redner*innen werden durch die Tagungsleitung quotiert gelost. Jede*r darf nur eine Wortmeldung pro Debatte abgeben. Das sicherzustellen, ist Aufgabe des Tagungspräsidiums.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redner*innenliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(11) Zu **Redebeiträgen** in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten oder von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sind kurz zu formulieren (max. 1 Minute).

(12) Delegierte und Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen **persönliche Erklärungen** zu vorhergehenden Redebeiträgen, insbesondere zur Richtigstellung falscher Darstellungen, abgeben. Delegierte mit beschließender Stimme können auch persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten/ Antragstellung/ Beschlussfassung

(13) **Anträge zur Geschäftsordnung** und Aufrufe zu deren Einhaltung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt. Vor der Abstimmung ist jeweils eine Gegen - und anschließend eine Fürrede zuzulassen.

(14) **Der Antrag auf Beendigung der Debatte** oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Die Annahme bedarf der Zustimmung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

(15) Bei Beantragung des Eintritts in eine begrenzte Aussprache sind der Gegenstand und die vorgesehene Dauer der Aussprache vorzuschlagen.

(16) Leitanträge und andere Anträge an den Landesparteitag von grundsätzlicher politischer Bedeutung werden durch Beschlussfassung von Landesvorstand oder Landesrat auf die Tagesordnung gesetzt. Über ihre Behandlung entscheidet der Landesparteitag mit der Annahme der Tagesordnung.

(17) Anträge an den Landesparteitag, welche mindestens 28 Tage vor Tagungsbeginn eingereicht worden sind, sind in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Landesvorstand sowie die Antrags- und Redaktionskommission kann Einspruch gegen die Aufnahme eines Beschlussantrages auf der Tagesordnung einlegen. Über den Einspruch ist der/die EinreicherIn umgehend zu informieren. Der Antrag kann durch Beschluss des Parteitages mit einem Quorum von 20% auf die Tagesordnung gesetzt werden. Antragsberechtigt dafür sind die EinreicherInnen.

(18) Bei Anträgen kann zwischen Einreicher*innen und Unterstützer*innen unterscheiden werden. Die Einreicher*innen sind berechtigt, Änderungsanträge zu übernehmen, ihre Anträge zurückzuziehen.

(19) Nach Antragsschluss bis Tagungsbeginn können **Dringlichkeitsanträge** eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge bedürfen der Unterstützung des Landesvorstandes, des Landesrates, von mindestens 4 Kreisvorständen oder von 20 Delegierten mit beschließender Stimme.
Die Dringlichkeit ist von dem/der Antragsteller/in zu begründen. Ein Dringlichkeitsantrag liegt dann vor, wenn nach Antragsschluss besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen eingetreten sind, auf die der Landesparteitag durch entsprechende Beschlussfassungen bzw. Entscheidungen unbedingt reagieren muss. Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.
Sollte ein besonderes politisches Ereignis nach Beginn der Tagung eintreten, können der Landesvorstand, der Landesrat oder 20 Delegierte einen **Initiativantrag** stellen. Der Antrags- und Redaktionskommission obliegt die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Dringlichkeit des Antrages. Sie entscheidet über die Beschlussfassung.

(20) **Änderungsanträge** betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge, welche sich nicht auf Dringlichkeits- oder Initiativanträge oder andere Änderungsanträge beziehen, müssen mindestens 7 Tage vor der Tagung eingereicht werden. Anträge, welche sich auf unterschiedliche Absätze des zu ändernden Antrages beziehen, werden in Einzelanträge umgewandelt. Sammelanträge sind unzulässig. Änderungsanträge, welche in ihrem Umfang mehr als 1/3 eines Originalantrages,

der weder ein Dringlichkeits- noch Initiativantrag ist, zu ändern beabsichtigen, müssen 14 Tage vor der Tagung vorliegen.
Antragsteller*innen können die Übernahme von Änderungsanträgen erklären. Übernahmen ersetzen den Originaltext durch den Text des Änderungsantrages. Teilübernahmen sind möglich. Über den Umgang mit den Änderungsanträgen befindet die Antragskommission. Sie bereitet Alternativen abstimmungsreif für das Plenum auf. Änderungsanträge, die von 20 Delegierten mit beschließender Stimme unterstützt werden, sind im Plenum zur Abstimmung zu unterbreiten.

(21) Die **Antrags- und Redaktionskommission** bereitet die Anträge und dazugehörige Änderungsanträge zu den einzelnen Themenkomplexen auf und unterbreitet daraus dem Landesparteitag Vorschläge für die Abstimmungsreihenfolge. Dabei sind zunächst die Änderungsanträge zu den am weitesten gehenden Anträgen abzustimmen, dann die am weitesten gehenden Anträge selbst und schließlich die einzelne Sachfragen berührende Anträge. Davon kann in begründeten Fällen abgewichen werden. Sich widersprechende Anträge sind alternativ abzustimmen, so dass der Landesparteitag eine eindeutige Beschlusslage schafft. Soweit Anträge schon gefasste Beschlüsse alternativ oder ändernd berühren, soll die Antragskommission darauf hinweisen. Kommen zwei sich ausschließende Beschlüsse zustande, gilt der zuletzt gefasste.
Die beiden Sprecher*innen der Antrags- und Redaktionskommission werden zu den Landesvorstandssitzungen mit eingeladen, welche sich mit Anträgen und Änderungsanträgen an den Landesparteitag befassen.

(22) Die **Abstimmung** führt die Tagungsleitung durch, wobei zunächst “für” den, dann “gegen” den Antrag und abschließend die Stimmenthaltung abzurufen ist. Im Folgenden ist als erstes bekanntzugeben, ob das Abstimmungsverhalten für die Tagungsleitung eindeutig erkennbar war. Die Tagungsleitung hat auf den ersten Anruf eines Delegierten hin die Auszählung der Stimmen zu veranlassen, soweit dies nicht unangemessen erscheint. Im Zweifel ist das Plenum darüber zu befragen.
Hiernach ist das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben und zu protokollieren.

(23) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen **Überweisungsempfehlungen** aussprechen. Ferner berichtet sie über den geplanten Umgang mit all jenen Anträgen, die nicht im Plenum zur Verhandlung gelangen.

(24) Die **Beschlüsse** des Landesparteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

R. Regularien an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

R.4. Vorschlag zu den Arbeitsgremien

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgende Arbeitsgremien beschließen:

Tagungspräsidium

Pauline Backemeier (Jugendverband)
Sarah Buddeberg (SV Dresden)
Antje Feiks (KV Erzgebirge)
Anna Gorskih (SV Leipzig)
Claudia Jobst (LAG Lisa)
Marion Junge (KV Bautzen)
Susanna Karawanskij (KV Nordwestsachsen)
Uta Knebel (KV Meißen)
Caren Lay (KV Bautzen)
Janina Pfau (KV Vogtland)
Torsten Bachmann (KV Mittelsachsen)
Nico Brünler (SV Chemnitz)
Ralph Büchner (KV Bautzen)
Rico Gebhardt (KV Erzgebirge)
Silvio Lang (KV Bautzen)
Sören Pellmann (SV Leipzig)
Lutz Richter (KV SOE)
Max Schöpe (KV Westsachsen)
Alexander Weiß (KV Zwickau)
Jan Windisch (KV Vogtland)

Antrags- und Redaktionskommission

Sinah Al-Mousawi (Jugendverband)
Pia Barkow (SV Dresden)
Maxi-Charlott Bassow (SV Leipzig)
Anne Holowenko (SV Dresden)
Kathrin Kosche (LAG Hartz IV)
Sabine Pester (SV Chemnitz)
Anja Eichhorn (LAG Queer)
Clara Steckel (SV Leipzig)
Marika Tändler-Walenta (Mittelsachsen)
Andrea Kubank (KV Bautzen)
Dagmar Weidauer (SV Chemnitz)
Caroline Lentz (SV Dresden)
Michael Bagusat-Sehrt (KV Nordwestsachsen)
Michael Eichhorn (KV Westsachsen)
Mathias Fröck (KV Görlitz)
Stefan Hartmann (SV Leipzig)
Torsten Steidten (LAG b&g)
Jens Matthis (SV Dresden)
Sven Meyerhofer (KV Nordwestsachsen)
Hubert Protzel (KV Erzgebirge)
Mirko Schultze (KV Görlitz)
Lukas Sturm (SV Leipzig)
Nikos Richter (SV Chemnitz)
Steffen Klötzer (SV Leipzig)

Wahlkommission

Sabine Schmidt (KV Westsachsen)
Ingrid Bernhardt (KV Nordwestsachsen)
Petra Franz-Bohn (KV Meißen)
Margot Gaitzsch (SV Dresden)
Jenny Mittrach (KV Görlitz)
Kathleen Noack (KV Erzgebirge)
Jessica Pohl (KV Bautzen)
Marie Wobst (KV Görlitz)
Dorothea Wolff (KV Vogtland)
Angela Fuchs (SV Leipzig)
Natalie Prautsch (SV Leipzig)
~~Ina Richter (KV SOE)~~

~~Dieter Gaitzsch (SV Dresden)~~
(nicht am 15.-17. November, da Kandidatur)
Thomas Grundmann (SV Dresden)
René Hahn (KV Zwickau)
Daniel Knorr (KV Westsachsen)
Michael Neuhaus (SV Leipzig)
Maximilian Paul (KV SOE)
Christian Saffert (KV Erzgebirge)
Maik Schwarz (KV Vogtland)
Christian Stoye (KV Nordwestsachsen)
Rüdiger Thürling (KV Bautzen)
Toni Christoph (KV Mittelsachsen)

Mandatsprüfungskommission

Andrea Schrutek (KV Erzgebirge)
Franziska Wendler (SV Chemnitz)
Ronny Kühnert (KV Mittelsachsen)
Bernd Spolwig (KV Bautzen)

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A. Leitantrag an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Veränderung beginnt mit Haltung: Für eine klare Sprache und Lust am Widerstand!

Einreicher*in: Landesvorsitzende, Landesgeschäftsführer

Der Landesparteitag möge Folgendes beschließen:

Vorbemerkung: *Beim vorliegenden Entwurf handelt es sich um eine erste Arbeitsfassung, welche eine Qualifizierung in einer zweiten und möglichen dritten Fassung im Verlauf der Regionalkonferenzen und in Abstimmung mit weiteren AkteurInnen der sächsischen LINKEN finden wird. Entsprechend sind alle GenossInnen dazu aufgerufen, sich an der weiteren Qualifizierung des Antrages zur beteiligen und ihre Unterstützung und den Wunsch nach Miteinreichung zu signalisieren. Zuschriften herzu erfolgen bitte an die Landesgeschäftsstelle oder an lgf@dielinke-sachsen.de*

Veränderung beginnt mit Haltung: Für eine klare Sprache und Lust am Widerstand!

Zur zukünftigen Aufstellung der sächsischen LINKEN nach der Landtagswahl 2019

Die Landtagswahl 2019, bei der wir nur noch 10.4 Prozent der gültigen Listenstimmen erhielten und von etwas weniger als 7 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt worden sind, reiht sich in eine Serie von Wahlniederlagen in Sachsen, in den ostdeutschen Flächenländern und teilweise auch im Bund ein. Wenige Monate zuvor haben wir bei den Kommunalwahlen einen erheblichen Anteil unserer kommunalen Mandate verloren. Schon bei der Bundestagswahl hat sich die Zahl unserer Abgeordneten von 8 auf nunmehr 6 reduziert.
Grundsätzlich haben Wahlergebnisse wie auch individuelle Wahlentscheidungen verschiedene Ursachen, die wir teilweise vor Ort angehen können, oder die auf anderer Ebene unserer Partei unter unserer solidarischen Mitwirkung angepackt werden müssen. Klar ist jedoch: ein Weiter-so kann es für die sächsische LINKE, wie auch für die Gesamtpartei nicht geben.
Neben dem geschmälerten Sitzanteil im sächsischen Landtag und einer Ausweitung des sächsischen Parteiensystems, die uns beide vermehrt um Aufmerksamkeit kämpfen lassen werden, stehen wir vor großen organisationspolitischen Herausforderungen. Schwindende Ressourcen und eine seit längerem zu beobachtende Auseinanderentwicklung weniger mitgliederstarker „Hotspots“ auf der einen und dem Wegbrechen von aktiven Parteistrukturen in weiten Teilen des Landes auf der anderen Seite machen dies zu einer Mammutaufgabe. Wir haben verstanden: in den vergangenen Wahlauseinandersetzungen hat DIE LINKE viel zu oft einen Funktionsverlust erlebt und konnte nicht hinreichend dieser Entwicklung gegensteuern. Aus dieser Krise wollen wir deshalb gestärkt hervorgehen. Die Neuaufstellung der sächsischen LINKEN beginnt jetzt!

DIE LINKE wird gebraucht

Wir sind uns sicher: DIE LINKE wird weiter gebraucht und füllt einen notwendigen Platz im bundesweiten und sächsischen Parteiensystem aus. Der Kapitalismus produziert und manifestiert nicht nur in Deutschland nach wie vor Ungleichheit und Armut. Wie in einem Brennglas werden diese systembedingten Ungleichheiten dank vereinigungsbedingter Brüche, jahrzehntelanger Niedriglohnstrategie der CDU-geführten Staatsregierung und dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme gerade in Sachsen manifest. Für uns ist der Kapitalismus ist ein permanenter Angriff auf Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und friedliches Zusammenleben. Die kapitalistische Landnahme geht dabei nicht nur in der analogen Welt weiter: Wo einst „nur“ immer weitere Naturräume und Lebenszeit unter das Regime kapitalistischer Produktionsweise gestellt worden sind, die Logik des Profits auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen organisierten Zusammenlebens ausgeweitet worden ist, fressen sich nunmehr einige wenige Tech-Giganten bis in die Gedankenwelt

und die persönlichsten Lebensbereiche vor. Bei Fortschreiten dieser Entwicklung werden die Gedanken zukünftig nicht mehr frei, sondern gleichsam Privatbesetz von Facebook, Google, Amazon & Co sein.

Dabei könnte technischer Fortschritt für unsere Demokratie, unsere Gesundheitsversorgung, unsere Fortbewegung und die Produktion notwendiger Gebrauchsgüter von großem Wert sein. Doch der konkrete Nutzen eines Produktes hängt von Produktionsbedingungen und Einsatzzweck ab. Für DIE LINKE muss es darum gehen, Infrastruktur und technische Innovationen den Fängen der Profitlogik zu entziehen und in den Dienst der Menschen zu stellen. Den gesellschaftlichen und technischen Fortschritt aktiv zu gestalten heißt für uns, ihn nicht dem Markt zu überlassen.

Materielle Veränderungsprojekte: Miteinander statt Gegeneinander

Unsere Wählerinnen und Wähler sind verschieden – und waren es schon immer. Das trifft ebenso auf unsere Mitgliedschaft zu, die unterschiedlichen Generationen, Berufen und auch politischen Traditionslinien entstammt. Die einen engagieren sich im Kleingartenverein, andere in der Gewerkschaft oder antifaschistischen Basisinitiativen – manche besonders Umtriebige auch in den drei genannten gleichzeitig. Alle diese Formen des Engagements haben nicht nur ihre Berechtigung, sie sind für eine Verbindung unserer Partei in andere Teile der Gesellschaft und zur Verbreitung unserer Positionen notwendig. Diese Vielfalt des Engagements ist keine Schwäche, sondern eine Stärke so, wie es keine Schwäche ist, statt nur einer kleinen Zielgruppe Menschen in verschiedenen Lebensphasen und mit verschiedenen Lebenswirklichkeiten anzusprechen.
Gleichzeitig muss es uns jedoch gelingen, das gemeinsame, einigende Band all dieser Menschen zu betonen, statt uns in der Verschiedenheit zu verlieren oder gar selbst eine Trennung herbeizureden. Wer einstmals Arbeiter- und Bauernpartei war tat gut daran, Arbeiter und Bauern nicht gegeneinander in Stellung zu bringen. Wer Arbeiter- und Soldatenrat war tat gut daran, das gemeinsame Ziel der Abschüttelung des Jochs der Monarchie, der Generäle und Großkapitals in den Vordergrund zu stellen. Wer, wie wir, eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft im Sinne aller der derzeit von ihrer Arbeit lebenden, Arbeitslosen oder Leistungsempfängerinnen und -Empfänger vertreten will, tut gut daran, nicht dabei stehen zu bleiben, die Gesellschaft in „Lifestyles“ und „bestimmte Milieus“, in Handwerkerinnen und Akademiker, in Landeier und Großstadtheinis, in linksradikale Kleingärtner und spießige Revolutionsromantiker aufzugliedern. So wie der Krieg den Hass und damit sich selbst reproduziert, reproduziert der neoliberale Kapitalismus das Gegeneinander und die Logik, die er für seine permanente Rechtfertigung benötigt. Auf diese Logik dürfen und wollen wir uns folglich nicht einlassen, obwohl wir sie, wenn wir sie überwinden wollen, auch nicht ignorieren dürfen. Ein nach unten treten wird es mit uns ebenso wenig geben, wie ein nach oben Buckeln.

Allerdings stehen wir vor dem Problem, dass nicht unwesentliche Teil der von uns vertretenen Wählerinnen- und Wählergruppe – zumal in Ostdeutschland – sehr wechselbereit ist. Im Zuge der Proteste gegen die Agenda 2010 und Hartz IV ist es uns in einem nie gekannten Ausmaß gelungen, diese Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Allerdings fungierten wir für diese als Ausdrucksform des Protestes gegen eben jene sozialen Einschnitte – nicht unbedingt immer als programmatische Heimat. Es muss uns wieder gelingen, auch für diese Gruppen als Ausdrucksform des Protestes gegen unnötige soziale Zumutungen in diesem reichen Land zu fungieren. Grundbedingung dafür ist, dass wir selbst diejenige Kraft sind, die die sozialen Missstände konkret benennt und tagtäglich auf die Agenda setzt.

Wir, DIE LINKE, müssen konkret greifbar machen, dass soziale, antikapitalistische Politik sich durch alle Lebensbereiche und Politikfelder zieht. Wir müssen Menschen davon überzeugen, dass linke Politik strukturell anders ist als die Politik der etablierten politischen Kräfte: Sie behandelt nicht Symptome, sondern die Krankheit. Weil sie an die Wurzel der Probleme geht, kann sie überzeugende Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit geben. Das gilt auch für Themenbereiche, mit denen DIE LINKE in der öffentlichen Wahrnehmung bisher noch nicht so stark verbunden ist, beispielsweise die ökologische Frage. Über der notwendigen thematischen Breite darf DIE LINKE. jedoch nicht ihre Kernthemen aus dem Blick verlieren. Die Gründungsgeschichte der LINKEN ist untrennbar mit der sozialen Frage verknüpft. Arbeit und Soziales, aber auch die

Friedenspolitik machen nicht nur unsere Identität als Partei aus, sondern sind zugleich auch die Politikfelder, in denen uns in höchstem Maße Glaubhaftigkeit und Lösungskompetenz zugeschrieben werden. Zugleich rührt der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit an die Grundfrage, wie wir wirtschaften und zusammenleben wollen. Arbeit, Soziales und Frieden müssen daher auch weiterhin im Zentrum unserer Politik und unserer Außenkommunikation stehen.

Um als Opposition sichtbarer zu werden und Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, brauchen wir Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit lebt von Konsequenz, und zwar auf allen Ebenen: im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Wir dürfen nicht zugunsten kurzfristiger, punktueller oder taktischer Erfolge unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Bei Wahlen wieder stärker zu werden wird uns nur gelingen, wenn wir als konsequente Opposition wahrgenommen werden, die zu dem steht, was sie verspricht. Das gilt ganz besonders für unsere Kernthemen. Konsequenz ist aber nicht nur eine zentrale Voraussetzung für Wahlerfolge, sondern auch dafür, dass wir unseren Anspruch einlösen können, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem langfristig grundlegend zu verändern. Daran sollten wir unseren politischen Erfolg messen.

Wir streben grundlegende und spürbare Veränderungen in dieser Gesellschaft an, die der Mehrheit der Menschen nutzt und über den Kapitalismus hinausweisen. Weder eine gerechte Verteilung des Reichtums noch die Rettung unseres Planeten, weder informationelle Selbstbestimmung noch eine Gesundheitsversorgung, die die Gesundheit in den Mittelpunkt stellt, weder ein demokratischer Aufbruch noch eine friedliche Welt sind mit dem Kapitalismus kompatibel. Deshalb sind wir demokratische Sozialistinnen und Sozialisten.

Organisationspolitische Herausforderungen

Eine demokratische und solidarische Debattenkultur

Natürlich gehört der demokratische Meinungsstreit gerade in einer linken Partei zur notwendigen Positionsbestimmung und bereichert nicht selten den eigenen Horizont. Wir müssen uns allerdings selbstkritisch fragen, wie viel Zeit und Kraft unseres Engagements statt für gemeinsame Kämpfe für Debatten und Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Struktur eingesetzt wird und ob diese beiden Facetten noch in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.
Wir wollen auch weiterhin leidenschaftlich über die inhaltlich-programmatische Ausrichtung unserer Partei – auf Landes- wie auf Bundesebene – diskutieren. Dazu gehören auch Entscheidungen über künftige Amts- und Mandatsträger*innen. Den eingeschlagenen Weg, die direkten und verbindlichen Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten in solchen Fragen auszubauen, wollen wir festigen. Wir alle sind dafür verantwortlich, dass Debatten unserer Partei in einem für alle nutzbringenden und für niemanden schädlichen Rahmen geführt werden. Dazu gehört auch, dass entscheidend sein sollte, was gesagt wird und nicht, wer etwas sagt. Antragsdebatten sollten weniger ritualisierten Abläufen und symbolischen Abstimmungen über Schlagworte folgen, sondern der Diskussion konkreter Vorschläge, Projekte und Alternativen dienen. Dabei muss uns allen – auch bei Wahlen - klar sein: Mehrere Kandidaturen sind kein Kampf und eine verlorene Abstimmung gehört zur Demokratie, sollte aber weder mit Häme verbunden sein noch den jeweils Unterliegenden nachgetragen werden.
Konkret wollen wir:

- Das Instrument des Mitgliederentscheides zur Einbindung der gesamten Mitgliedschaft bei Abstimmungen und Wahlen verstärkt nutzen.
- Auf Bundesebene mit dazu beitragen, dass Mitgliederentscheide endlich online möglich sein.
- Gemeinsam darauf achten, dass die Debatten- und Streitkultur in unserem Landesverband sich derart gestaltet, dass sie zur Beteiligung motiviert und auch verlorene Abstimmungen kein Kainsmal bei den Unterlegenen hinterlassen.

Mehr nach außen als nach Innen

In unserem Landesverband engagieren sich zahlreiche Genossinnen und Genossen in der Mitgliederbetreuung, publizieren Texte, schreiben Beiträge für Blogs oder die Landes- oder Regionalzeitung, stellen Beiträge auf Websites und den sozialen Netzwerken ein. Zeitgleich kommunizieren wir alle viel Untereinander. Ungezählte Mails, SMS und Messengernachrichten

kommen in der Woche zusammen. Das alles benötigt Zeit und teilweise technische Fertigkeiten. Vieles davon ist unverzichtbar, an anderen Stellen müssen wir jedoch überlegen, ob nicht teilweise eine stärkere Verschiebung des Augenmerks auf die Kommunikation „nach Außen“ wichtiger wäre. Zunehmend werden wir zudem als die einzig demokratische doch gleichzeitig kleinste Oppositionspartei im sächsischen Parteiensystem mit unseren Inhalten durchdringen können. Dazu gehört auch, gegebenenfalls häufiger als vorher mit auffallenden, einprägsamen und provokanten Aktionen die Aufmerksamkeit auf gravierende Missstände und unsere Lösungsvorschläge richten können.

Konkret wollen wir:

- Konkrete Schritte unternehmen, um zu prüfen, wie bisheriger Aufwand für Printpublikationen gegebenenfalls besser in eine professionellen, digitalen Netzauftritt über die Website des Landesverbandes hinaus eingesetzt werden kann.
- Die Messengerkommunikation im Landesverband stärken und strukturieren.
- Verstärkt das künstlerische und kreative Potenzial in unserer Partei aber auch im zivilgesellschaftlichen Umfeld aktivieren, um unkonventionell und mit einer „Ästhetik des Widerstandes“ im öffentlichen Raum zu wirken.

Eine „einfache“ Sprache als Normalzustand

Auf vielen Ebenen gehört es mittlerweile zum Standard, dass wir (Kurzwahl-)Programme in einfacher oder leichter Sprache veröffentlichen. Dabei ist unsere „normale“ Sprache selbst oft schwierig und nicht selten unverständlich geworden. Gewiss nicht mit böser Absicht oder Arroganz, doch bei vielen ist der etablierte Politikbetrieb auch an der Sprache nicht spurlos vorübergegangen oder haben – durchaus interessante – akademische Diskurse und eine entsprechende Ausbildung dazu geführt, dass Begriffe Eingang in die eigene Alltagssprache gefunden haben, die abseits eher kleiner Personenkreise eher zu Distanz und Fremdheit führt. Die Stärke der politischen Linken war es jedoch auch immer, ihre – auch teils neuartigen – Anliegen in einer für alle zugänglichen Sprache zu formulieren, die an den Alltagsverstand andocken kann.

Konkret wollen wir:

- Gemeinsam darauf achten, in unseren Publikationen und Redebeiträgen eine Sprache zu verwenden, die unabhängig von Alter und Bildungsweg verstanden werden kann.
- Eine Handreichung entwickeln, die für Amts- und Mandatsträger*innen Vorschläge unterbreitet, wie eine solche Sprache aussehen kann.

Aus dem Wahlkampf lernen

Der Wahlkampf ist bei uns nach wie vor auf wenige Wochen vor dem Wahltermin begrenzt. Das wird bei vielen Aspekten, wie beispielsweise mobilen Großflächen, allein aus organisatorischen und finanziellen Gründen auch so bleiben müssen. Gleichzeitig setzen wir in Wahlkämpfen auf Mittel und Methoden, die auch außerhalb der „echten“ Wahlkampfphasen durchaus gewinnbringend eingesetzt werden können und sollten. In einigen Fällen sind die Phasen zwischen den Wahlen möglicherweise sogar besser geeignet, um eigene Punkte zu setzen. Auch was unsere interne Kommunikation und die Unterstützung der Genossinnen und Genossen vor Ort angeht, sollten wir gute Ansätze aus dem Wahlkampf auch über diesen hinaus verwenden.

Konkret wollen wir:

- Zentrale Punkte unseres Programms und aktueller Vorschläge für alle Genossinnen und Genossen einfach zusammenfassen und erklären, so dass es allen leichter fällt, unsere Positionen nach außen zu tragen.
- Überlegen, ob und wie wir thematische landesweite Touren auch in nicht Wahlkampfzeiten anbieten und durchführen können, um Präsenz vor Ort und eine eigene Themensetzung zu stärken.

Einen neuen Aufbruch wagen

Die großen Herausforderungen in Folge der Wahlniederlagen werden die sächsische LINKE nicht brechen, das ist unser Versprechen. In Zeiten wie diesen lassen wir uns nicht klein machen oder auseinanderdividieren. Es ist die Zeit des Unterhakens gekommen, gemeinsam werden wir die kommenden Jahre gestalten: stets kritisch-reflektierend und im konstruktiv-strittigen Diskurs nach

innen, geeint und solidarisch nach außen. Wir werden uns, gemeinsam mit unseren Abgeordneten auf der kommunalen, Landes- und Bundesebene wie auch im Europaparlament, neu aufstellen: inhaltlich, in der Form und personell. Wir werden Kräfte bündeln und zusammenführen. Wir stehen zusammen. Für eine starke LINKE als die soziale Kraft der Veränderung in Sachsen, in Deutschland und in Europa!

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Dieses Arbeitsheft gehört:

www.dielinke-sachsen.de

Impressum

Herausgeber: Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer
Satz: Robert Wünsche
Redaktionsschluss: 02.10.2019